

HANAU-AUSSCHUSS



**„Es darf keine
Aufarbeitung
zweiter Klasse
geben“**

- Bildungsstätte Anne Frank knüpft hohe Erwartungen an die Arbeit des Untersuchungsausschuss zum Attentat von Hanau
- Angehörige und Betroffene haben ein Recht auf Aufarbeitung, auch da, wo sich Behörden Versäumnisse vorwerfen lassen müssen
- Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle "response" betreuen seit anderthalb Jahren Opfer des Anschlags

Anlässlich des Beginns der öffentlichen Sitzungen im Hanau-Untersuchungsausschuss am 03. Dezember fordert die Frankfurter Bildungsstätte Anne Frank eine konsequente Aufklärung des Anschlags. „Gerade in Hessen haben wir in der Vergangenheit gesehen, wie Fälle auf die lange Bank geschoben wurden und werden“, sagt Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte. „Erst vor wenigen Tagen haben CDU, Grüne und AfD im Landtag die öffentliche Befragung einer Zeugin im Lübcke-Ausschuss verhindert. Im Fall Hanau darf es keine Aufarbeitung zweiter Klasse geben.“

Liisa Pärssinen, Leiterin der Abteilung Beratung und der Beratungsstelle „response“ bei der Bildungsstätte, erinnerte in diesem Zusammenhang an die Zusagen des Staates: „Bundespräsident Steinmeier hat den Überlebenden, Angehörigen und Betroffenen ein Versprechen gegeben. Er sprach von einer ‚Bringschuld‘ des Staates gegenüber der Öffentlichkeit und den Angehörigen. Die gilt es jetzt einzulösen.“

Bei dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 waren 9 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet worden. Rund 22 Monate später beginnt am 3. Dezember ein dazu eingerichteter Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags in Wiesbaden öffentlich zu tagen. Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle response begleiten seit über eineinhalb Jahren Betroffene des Anschlags, die laut Pärssinen seither auf zahlreiche Widerstände stoßen: „Sie mussten und müssen leider immer wieder die Erfahrung machen, mit ihren Anliegen nicht ernst genommen zu werden.“

Dass eine lückenlose und auch schmerzvolle Aufklärung das erste und oberste Anliegen dieses Untersuchungsausschusses sein müsste, sollte im Grunde nicht mehr diskutiert werden, so Pärssinen weiter. Die Überlebenden und die Hinterbliebenen der neun Opfer Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Mercedes Kierpacz, Said Nesar Hashemi, Sedat Gürbüz und Vili Viorel Păun hätten ein Recht darauf, endlich zu erfahren, wie es zu diesem Attentat kommen konnte und wie der polizeiliche Einsatz vor Ort sowie die Ermittlungen im Anschluss abgelaufen seien. Sie weist darauf hin, dass nur die Hartnäckigkeit der Betroffenen, unterstützt von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wie der Hanauer Initiative „19. Februar“ die schnelle Einsetzung des Untersuchungsausschusses ermöglicht habe. „Diese Menschen haben ein Recht, dass auch die Versäumnisse der Behörden in der Tatnacht und an den folgenden Tagen aufgeklärt werden.“

Der Untersuchungsausschuss müsse zunächst einige Sachfragen klären: Welche Rolle spielte der Vater des Täters? Wie kam dieser an seine Waffengenehmigungen? Warum funktionierte der Notruf in der Tatnacht nicht? Der Untersuchungsausschuss müsse nicht nur institutionalisierten Rassismus und strukturelle Problemlagen innerhalb der Behörden analysieren, sondern auch den Umgang mit den Hinterbliebenen kritisch in Frage stellen, meint Meron Mendel: „Eine ausdrücklich politische, rassistische beziehungsweise ideologisierte Tatmotivation festzustellen und ihr nachzugehen, scheint mir nach wie vor ein großes Problem innerhalb polizeilicher Abläufe darzustellen. Konkret gefragt: Wann genau war den Beamt*innen klar, dass sie es mit einem rechtsterroristischen Anschlag zu tun hatten?“

Ausdrücklich loben die Mitarbeiter*innen der Bildungsstätte die Bedeutung der Betroffenenperspektive für den Ausschuss: „Dass Angehörigen in den ersten vier Sitzungen des Untersuchungsausschusses das Wort gegeben wird, ist ein wichtiges und starkes Signal nach Außen“, sagt Pärssinen.

Allerdings mussten sie sich auch diesen Raum und diese Möglichkeit erst erstreiten und vehement einfordern. In Zukunft muss sich dieser Ablauf für alle Betroffenen von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt etablieren. Betroffene sind Expert*innen und müssen so auch gesehen werden. Dies dürfe ausdrücklich nicht auf Kosten und zur Belastung der Befragten geschehen.“ Sie ergänzt: „Sie müssen sich darauf verlassen können, dass sie Antworten erhalten. Was sich im Rahmen des Untersuchungsausschusses nicht wiederholen darf, ist die Erfahrung, nicht gehört und nicht auf Augenhöhe gesehen zu werden.“

Nach der ersten Sitzung am 03. Dezember finden am 17. und 20. Dezember 2021 und am 21. Januar 2022, jeweils ab 8:30 Uhr, weitere öffentliche Sitzungen statt. Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle response sind als Unterstützer*innen der Betroffenen vor Ort – sowohl im Sitzungssaal als auch bei den Kundgebungen und Mahnwachen vor dem Landtag. Organisiert werden Letztere von der Initiative 19. Februar.

Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen.

Lehrkräfte und Pädagog*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem Meldeportal hessenschauthin.de können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

Eva Berendsen

Ansprechpartnerin für
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232
M. eberendsen@bs-anne-frank.de
→ bs-anne-frank.de

Hansaallee 150 |
60320 Frankfurt am Main